



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Sozialer Spaltung durch Lehrkräftemangel konsequent entgegenzutreten!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest:

Die Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt bleibt weiterhin deutlich hinter dem Bedarf zurück, der im Bericht der Expertenkommission zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs ausgewiesen wird (Drs. 7/2437, Fortschreibung als Vorlage 10 zur Drs. 7/328). Diese Entwicklung gefährdet auf lange Sicht die schulische Bildung ganzer Generationen von Schülerinnen und Schülern und wird zu einem großen Entwicklungshemmnis für das Land.

Der Lehrkräftemangel hat ein besorgniserregendes Niveau erreicht. Die Bemühungen der Landesregierung für mehr Neueinstellungen reichen nicht aus, um den Lehrkräftebestand zu erhöhen und die Unterrichtsversorgung zu verbessern. Mit dem zunehmenden Mangel an Lehrkräften wächst auch die Ungleichheit zwischen den verschiedenen Schulformen. Vor allem Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Grundschulen sind weit überproportional vom Lehrkräftemangel betroffen. Die Schüler*innen dieser Schulformen werden benachteiligt und unverschuldet in ihrer Entwicklung behindert. Durch die Gliederung des Schulsystems und die ungleiche Mangelverteilung wird die soziale Spaltung der Gesellschaft vertieft, statt durch gleiche Bildungschancen einen Beitrag zum sozialen Ausgleich zu leisten.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- a) die Lehramtsausbildung an den beiden Universitäten ab dem Wintersemester 2021/22 um mindestens 300 Studienplätze im ersten Fachsemester ausschließlich in den Kernfächern und weiteren ausgewiesenen Mangelfächern auszubauen; davon 200 Studienplätze an der Martin-Luther-Universität gemäß der geltenden Zielvereinbarung und mindestens 100 Studienplätze zusätzlich an der Otto-von-Guericke-Universität,

- b) die Vorbereitungen zu treffen, um ab dem Wintersemester 2022/23 nur noch in einer Lehramtslaufbahn für die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen auszubilden und die bisherigen Lehramtslaufbahnen an Sekundarschulen und Gymnasien dadurch abzulösen,
- c) an den Gymnasien des Landes im Rahmen der Studienberatung die Werbung für ein Lehramtsstudium u. a. durch den Einsatz von Lehramtsstudierenden als Tutoren aufzunehmen bzw. zu verstärken,
- d) bei der Vorbereitung des Schuljahres 2021/22 dafür Sorge zu tragen, dass eine gleichmäßige Lehrkräfteversorgung der verschiedenen weiterführenden allgemeinbildenden Schulen erreicht wird und dafür im erforderlichen Umfang auch Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt an Gymnasien für den Unterricht an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen einzusetzen.

Begründung

Seit dem Schuljahr 2013/14 steht den stetig steigenden Schülerzahlen eine immer weiter sinkende Zahl von Lehrkräften gegenüber, die für einen unmittelbaren Einsatz im Unterricht zur Verfügung stehen. Insgesamt hat sich in diesen sieben Schuljahren die Schülerzahl um mehr als 6 Prozent erhöht, während das Lehrkräfteangebot um mehr als 7 Prozent gesunken ist. Diese Reduzierung des Unterrichtsangebotes um insgesamt mehr als 13 Prozent trifft die einzelnen Schulformen jedoch höchst unterschiedlich.

Während das verfügbare Arbeitsvolumen in Bezug auf die Schülerzahl in diesem Zeitraum an den Gymnasien sogar leicht auf 102 Prozent gestiegen ist, ist es an allen anderen Schulformen gesunken. Der Lehrkräftemangel fällt dabei an den Gesamtschulen mit ca. 94 Prozent und an den Förderschulen mit ca. 92 Prozent noch vergleichsweise moderat aus. Massiv und weit überproportional betroffen sind die Grundschulen und Gemeinschaftsschulen mit einem Lehrkräfteeinsatz von nur noch ca. 82 Prozent und am schlimmsten die Sekundarschulen mit nur noch ca. 78 Prozent des Lehrkräfteeinsatzes im Vergleich zum Schuljahr 2013/14.

Ein Ende dieser Abwärtsentwicklung ist derzeit nicht in Sicht, da die Ausbildung des Lehrkräftenachwuchses trotz der seit mehr als drei Jahren vorliegenden Bedarfsberechnungen der vom Landtag eingesetzten Expertenkommission zur Bestimmung des längerfristigen Lehrkräftebedarfs nicht im notwendigen Maß ausgebaut und auf die Bedarfsfächer ausgerichtet wurde. Es ist dringend erforderlich, die Studienkapazitäten an den beiden Universitäten des Landes zum Wintersemester 2021/22 in einem weiteren Schritt spürbar auszubauen und dabei ausschließlich in die Ausbildung von Lehrkräften in den Kernfächern und weiteren ausgewiesenen Mangelfächern zu investieren.

Besondere Probleme bestehen dabei im Lehramt an Sekundarschulen, für das es nicht nur zu wenige Studienplätze, sondern in zunehmendem Maß auch zu wenige Bewerber*innen gibt. Die Ausbildung in zwei unterschiedlich attraktiven Lehramtslaufbahnen für die weiterführenden allgemeinbildenden Schulen (Lehramt an Sekundarschulen und Lehramt an Gymnasien) kann nicht mehr aufrechterhalten werden.

Die Hälfte der Bundesländer hat sich von diesen getrennten Lehrerlaufbahnen teilweise schon vor vielen Jahren verabschiedet. Sachsen-Anhalt muss diesem Weg dringend folgen.

Solange es aber dabei bleibt, dass der Lehrkräftebedarf immer weniger befriedigt werden kann, darf die Verwaltung dieses von den Landesregierungen der letzten 3 Wahlperioden verschuldeten Mangels jetzt nicht einseitig zulasten einzelner Schulformen gehen. Die Lehrkräfteversorgung der Gymnasien und der Sekundarschulen hat sich im Verlauf von nur sieben Schuljahren um fast 25 Prozent zu Ungunsten der Sekundarschulen auseinanderentwickelt. Ein solches Abhängen einer Schulform kann nicht toleriert werden. Von der Landesregierung ist deshalb zu verlangen, dass weiterhin eine gleichmäßige Lehrkräfteversorgung sicherzustellen ist, auch wenn das Gesamtniveau dabei in allen Schulformen immer deutlicher unter die 100-Prozent-Marke absinkt.

Thomas Lippmann
Fraktionsvorsitzender